

Uneinigkeit über Initiative

Kriegsmaterial An der Initiative «Für ein Verbot von Luzerner Kriegsgeschäften» scheiden sich die Meinungen zweier Gutachter. Einer erklärt sie für gültig, ein anderer nicht. Die Initiative forderte, dass die Stadt und ihre öffentlich-rechtlichen Anstalten und Stiftungen ihr Vermögen nicht in Unternehmen anlegen dürfen, die etwas mit verpönten Waffen zu tun haben. Eingereicht wurde sie im September 2016 von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) und der Juso. Im Februar dieses Jahres wurde sie zurückgezogen, weil die Pensionskasse Stadt Luzern (PKSL) den Passus in ihrem Anlagereglement angepasst hat (wir berichteten).

Noch vor dem Rückzug der Initiative liess der Stadtrat deren Gültigkeit abklären. Er gab dazu ein Rechtsgutachten in Auftrag. Bernhard Rütsche, Ordinarius für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Universität Luzern, sollte klären, ob die Stadt für den Erlass eines solchen Verbots betreffend die städtische Pensionskasse als selbstständige Vorsorgeeinrichtung überhaupt zuständig ist. Der Gutachter kam zum Schluss, dass die Initiative weder eindeutig undurchführbar noch rechtswidrig im Sinne des Stimmrechtsgesetzes ist.

Initiative verstösse gegen übergeordnetes Recht

Dieses Gutachten liess die Stadt in der Folge vertieft abklären. Gustavo Scartazzini, Titularprofessor für Sozialversicherungsrecht an der Universität Basel, urteilte nun, die Initiative würde gegen die grundsätzliche Vereinbarkeit mit übergeordnetem Recht verstossen. Im Weiteren sei davon auszugehen, dass die Zulässigkeit von Anlagevorschriften bei einer Pensionskasse, der mehrere Arbeitgeber angeschlossen sind, zu grossen Schwierigkeiten führen würde bei der Umsetzung der Anlagevorschriften.

Der Stadtrat kann nach dem Rückzug der Initiative offenlassen, welcher Expertenmeinung nach seiner Ansicht zu folgen wäre. Da es sich bei Anlagevorschriften um ein Thema handle, das auch bei anderen Gemeinden aktuell sei, habe man die beiden Gutachten öffentlich gemacht.

Die GSoA reichte ihre Kriegsgeschäfte-Initiative im Juni auf Bundesebene ein. Sie will es der Schweizer Nationalbank (SNB) und den Pensionskassen untersagen, in die Rüstungsindustrie zu investieren. Mit einer Initiative für ein Verbot von Exporten war die GSoA 2009 gescheitert. (sda)

Verlosung

Gratis ins Open-Air-Kino

Für die erste Vorstellung im Luzerner Open-Air-Kino am Alpenquai verlosen wir 10 x 2 Tickets. Gezeigt wird morgen Mittwoch, 11. Juli, um etwa 21.30 Uhr der Film *Ocean's 8*. Live zu Gast ist an diesem Abend Stadtpräsident Beat Züsli.

090183 30 21
(1.50 CHF pro Anruf)

Und so funktioniert's: Wählen Sie heute bis 13.00 Uhr die oben angegebene Telefonnummer, oder nehmen Sie unter www.luzernerzeitung.ch/wettbewerbe an der Verlosung teil. Die Gewinner werden unter allen Teilnehmern ermittelt und informiert.

Reiter fürchten um Galopp-Pisten

Reuss-Projekt Vor 40 Jahren wurde im Rontal ein schweizweit einzigartiges Reitwegnetz errichtet. Dieses dürfte nun aber teils dem Hochwasserschutzprojekt entlang der Reuss zum Opfer fallen.



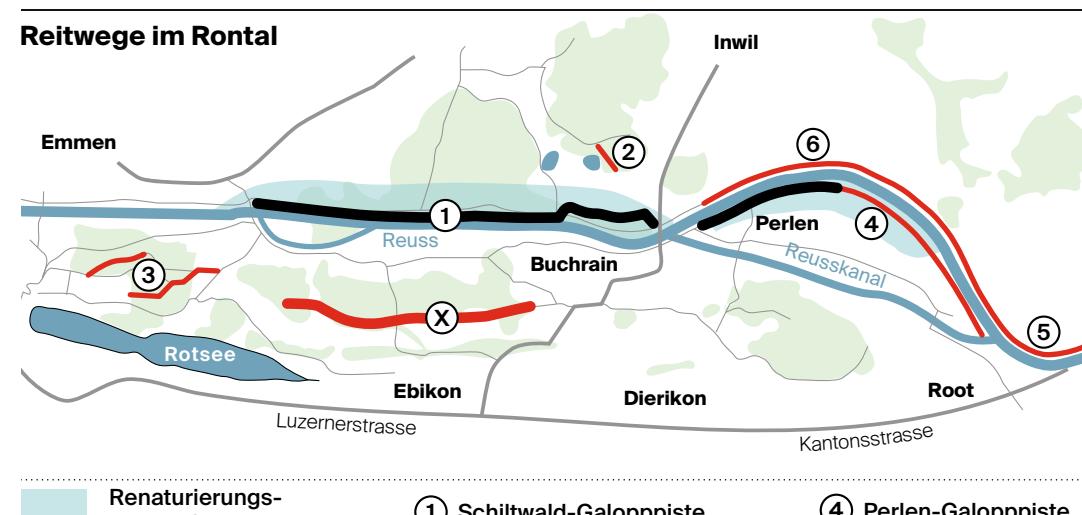
Reiter des Vereins Regionale Reitwege Rontal auf der Galopp-Piste im Schiltwald.

Bild: Pius Amrein (Buchrain, 27. Juni 2018)

Gabriela Jordan
gabriela.jordan@luzernerzeitung.ch

Leicht hat es der Kanton Luzern bei der Planung des 176 Millionen Franken teuren Reuss-Projekts nicht. Gegen die Massnahmen im Bereich Hochwasserschutz und Renaturierung wehren sich bereits Bauern und Waldeigentümer, die dadurch Land abgeben müssten. Jetzt meldet sich noch von einer anderen Gruppe Widerstand an: Reiter, die um ihre Galopp-Pisten entlang des Flussufers bangen, wollen die Pläne ebenfalls nicht einfach hinnehmen. «Wir haben die Reitwege in den letzten 40 Jahren errichtet und seitdem über 2 Millionen in den Bau und Unterhalt investiert», sagt Jürg Schneider, Präsident des Vereins Regionale Reitwege. «Jetzt sind zwei unserer Galopp-Pisten bedroht – sie sind die Herzstücke des Wegnetzes.»

Insgesamt beträgt das Reitwegnetz 12 Kilometer. Von der geplanten Flussverbreiterung ist die gesamte Galoppstrecke im Schiltwald sowie die Hälfte der Strecke im Gebiet Perlen betroffen. Zusammen sind es rund 7 Kilometer. Mit dem Kanton ist der Reitverein deshalb seit Längerem in Kon-



Quelle: VRR (Verein Regionale Reitwege) / Grafik: Janina Noser

Verein allerdings vor, eine Einsprache einzureichen. Auf Anfrage heißt es beim Kanton, dass man die Wege für die verschiedenen Benutzergruppen auf beiden Uferseiten erhalten und – soweit realisierbar – ausbauen will. «Wo möglich werden Fussgänger, Radfahrer und Reiter getrennt geführt», sagt Urs Zehnder, Leiter der Abteilung Naturgefahren. Weiteres würde man den Betroffenen im August kommunizieren.

Reitwege lösten langjährigen Konflikt

Bis das Projekt bewilligt ist, dürfte es angesichts der erwarteten Einsprüche dauern. Je nach Rechtsverfahren rechnet der Kanton mit einem Baustart im Jahr 2022. Sollten die Reitwege erhalten bleiben, werden sich wohl auch die umliegenden Gemeinden freuen. Wie Schneider sagt, wurde dank diesen ein jahrelanger Konflikt beigelegt: Reiter galoppierten vorher oft durch den Wald und über Landwirtschaftsland – zum Unmut der Bauern, Wanderer und Behörden, welche sich mit den Beschwerden befassten müssen. Schneider: «Heute haben die Gemeinden keine Probleme mit den Reitern mehr.»

takt. Laut Schneider war eine alternative Lösung bereits in Sicht: Statt entlang des heutigen Ufers sollte die Schiltwald-Strecke etwas versetzt davon verlaufen. Aus diversen Gründen wurde dies aber verworfen. Im Rennen ist nun noch eine zweite Lösung, die

für den Reitverein jedoch nicht akzeptabel ist. «Bei dieser würde die Galoppstrecke teils auf Waldwirtschaftswege verlegt. So könnten wir gar nicht richtig galoppieren.» Grundsätzlich sei der Kanton jedoch bemüht, eine Lösung zu finden, so Schneider wei-

ter. Er betont zudem, dass der Verein, der 270 Mitglieder zählt, nicht per se gegen das Reuss-Projekt sei. «Wir wollen kein Hemmschuh sein, sondern einfach in diesem Gebiet reiten können.» Sollte das Anliegen nicht berücksichtigt werden, behält sich der

Klingelton ersetzt Kirchenglocken

Stadt Luzern Seit dem März sind um die Baustelle der Peterskapelle verschiedenste Kunstprojekte ausgestellt. Der letzte Teil dieser Projektreihe dürfte ab Mitte Juli für verdutzte Gesichter sorgen.

Wie können wir die Baustelle der Peterskapelle attraktiver gestalten? So lautete die Aufgabe, vor der Marco Schmid und Andreas Rosar Anfang Jahr standen. Die Lösung fanden die verantwortlichen Theologen der Citypastoral dank der Hochschule Luzern Design & Kunst: Im Rahmen eines Ideenwettbewerbs gaben sie sechs Kunstudenten die Chance, auf der «Baustelle Peterskapelle» mit Kunstinterventionen Akzente zu setzen.

Fünf Projekte wurden bereits ausgestellt, am 16. Juli wird nun der letzte Teil der Reihe eingeläutet – und zwar im wahrsten Sinne des Wortes: Die Glocken der Kapelle werden durch Handyklin-

geltöne ersetzt. Die Idee dahinter ist wie folgt: Als vor Jahren die Kirchenglocke zur Messe läutete, horchte man ihrem Klang und ging zum Kirchengebet. Sie war es, die den Tagesrhythmus beeinflusste und bestimmte, wann zu Mittag gegessen und wann geschlafen wurde. Heute, im Zeitalter der Digitalisierung, ist es nicht mehr das regelmässige «Dong-Dong-Dong» der Glocken, das unseren Alltag bestimmt, sondern eher der Ton unseres Smartphones. «Klingelt irgendwo unser Handy, reagieren wir sofort. Schliesslich wollen wir wissen, wer uns erreichen will», erklärt Larissa Flückiger. Sie wird zusammen mit ihrer Studienkol-

legin Mahtola Wittmer die Peterskapelle bis am 30. Juli zum «Klingeln» bringen. Hoch oben im Turm, dort, wo sonst die massiven Kirchenglocken hängen, werden die beiden ein Mischpult und zwei Boxen installieren, aus denen ein charakteristischer iPhone-Klingelton dröhnen wird.

Kunstaktion soll zum Nachdenken anregen

Wann und wie oft das Handy in der Peterskapelle schellen wird, verraten die Studentinnen nicht. Schliesslich sei dies auch in unserem Alltag unberechenbar. Fest steht aber, dass in den nächsten zwei Wochen die eine oder andere Person auf dem Kapellplatz

wahrscheinlich vergebens auf ihr stummes Handy blicken wird.

Es mag zunächst verwundern, dass eine solch gewagte Idee bei den Verantwortlichen Anklang fand. Doch Marco Schmid betont, dass die Botschaft hinter dem Projekt im Zentrum steht: «Ziel dieser Installation ist es, zum Nachdenken anzuregen. Die Leute sollen sich selbst hinterfragen und ihr Verhalten reflektieren.» Deshalb würde auch jeder, der den Hintergrund dieses Projektes kennt, Verständnis dafür haben – auch Kirchenvertreter. Geht es denn auch darum, zu provozieren? «Ganz und gar nicht», so Schmid. «Wir wollen nicht im Mittelpunkt

stehen, wir wollen die Leute überraschen.» Flückiger pflichtet dem bei. Die Fragen, die sie sich mit Wittmer im Rahmen dieser Installation gestellt habe, würden aber durchaus Zündstoff bieten:

«Wem schenken wir unsere Aufmerksamkeit? Ist das Handy der moderne Gott? Antworten darauf haben die beiden Studentinnen keine, vielmehr wollen sie mit ihrer Kunst Fragezeichen setzen: «Mit dieser Installation werden wir dem Handy genau jene Präsenz verschaffen, die es in unserem Alltag einnimmt, ohne dass wir uns dessen bewusst sind.»

Larissa Haas
stadt@luzernerzeitung.ch